

## Niederschrift

über die 24. Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt, Bau am 17.09.2024  
(11. Wahlperiode)

## Tagesordnung

	Seite
<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	5
<b>1 Einwohnerfragestunde</b> .....	5
<b>2 Bericht über Sachstand BU Osterath</b> .....	5
<b>3 Vorstellung Entwurf Lupenraum Fähranleger Vorlage: SB11/0005/2024</b> .....	6
<b>4 Vortrag der Kommunal Agentur NRW zum aktuellen Sachstand der Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung</b> .....	6
<b>5 Kommunale Wärmeplanung (KWP) hier: 1) Verzicht auf die Bundesförderung 2) Kooperation mit der Stadt Willich und Stadtwerken Meerbusch-Willich 3) Anpassung der Zeitschiene für die Ausschreibung der KWP Vorlage: DezIII/1932/2024</b> .....	7
<b>6 Musterresolution Agenda 2030 - Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten Vorlage: DezIII/1934/2024</b> .....	7
<b>7 Herstellung des P&amp;R am Bahnhof Osterath, 1. Bauabschnitt Vorlage: FB5/1921/2024</b> .....	8
<b>8 Erlass der IV. Änderungssatzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes - KAG - für straßenbauliche Maßnahmen am 26. Oktober 1983 in der Fassung vom 01. Februar 2005 Vorlage: FB5/0015/2024</b> .....	9
<b>9 Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie - hier: Handlungsfeld Kommunale Beschaffung, Leitfaden für nachhaltige Beschaffung Vorlage: DezIII/1938/2024</b> .....	9
<b>10 Installation eines Schriftzuges "Osterath" am Silo Ladestraße / Abschluss eines Schenkungsvertrages Vorlage: BM/1865/2024</b> .....	10
<b>11 Kommunale Nachhaltigkeitsstrategie - hier: Controlling und Umsetzung der Maßnahmen Vorlage: DezIII/0007/2024</b> .....	11
<b>12 Baumbilanz 2023/2024 Vorlage: SB11/0002/2024</b> .....	12
<b>13 Anträge</b> .....	12

13.1	Antrag der SPD-Fraktion zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Mobilität Vorlage: DezIII/0519/2024.....	12
13.2	Antrag der SPD-Fraktion zur Verbesserung der Schul- und Radwege Vorlage: DezIII/0533/2024.....	12
13.3	Antrag der UWG-Fraktion zur Kappung von Grundwasserspitzen Vorlage: FB5/0531/2024 .....	13
13.4	Antrag der SPD-Fraktion zur Durchführung eines Klimagipfels Vorlage: DezIII/0520/2024.....	15
13.5	Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Klimagipfel Vorlage: DezIII/0540/2024.....	15
13.6	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Erweiterung des Landschaftsschutzgebietes an der Buschstraße Vorlage: DezIII/0539/2024.....	15
13.7	Antrag der Fraktion GRÜN-alternativ zur unbeaufsichtigten Nutzung von Mährobotern Vorlage: DezIII/0546/2024.....	16
13.7.1	Ergänzungsantrag der Fraktion UWG/Freie Wähler zum Nachtfahrverbot von Mährobotern Vorlage: DezIII/0552/2024.....	17
14	Anfragen.....	17
14.1	Anfrage der Fraktion GRÜN-alternativ zur Verkehrssicherheit auf dem Rheindeich.....	17
14.2	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden .....	18
14.3	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur PFAS- und Nitratbelastung .....	19
14.4	Anfrage der Fraktion UWG/Freie Wähler zur Situation des Stromnetzes und der Möglichkeiten/Erfordernisse zur Durchsetzung der Energiewende.....	20
15	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle.....	21
16	Termin der nächsten Sitzung 07.11.2024 .....	21
17	Verschiedenes .....	21

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum S2.1/S2.2

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:15 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzende**

Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied

**von der CDU-Fraktion**

Herr Herbert Becker Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Andreas Hoppe

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Dr. Harald von Canstein

Herr Heinz Berend Jansen Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied

Herr Max Pricken Ratsmitglied

Herr Daniel Thywissen Ratsmitglied

Herr Manfred Weigand Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Claus Fischer

**von der SPD-Fraktion**

Herr Dirk Banse Ratsmitglied

Herr Heinz Jürgen Kaden Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Astrid Hansen Sachkundige Bürgerin

Vertretung für Herrn Egbert Meiritz

Frau Sarah Winter Ratsmitglied

**von der Fraktion GRÜN-alternativ**

Herr Joachim Quaß Ratsmitglied

**von der Fraktion UWG/Freie Wähler**

Frau Nüsret Seval Sachkundige Bürgerin

**von der Fraktion Die Fraktion**

Herr Andreas Wagner Ratsmitglied

**von der Verwaltung**

Herr Andreas Apsel Erster und Technischer Beigeordneter

Herr Christof Baldus Fachbereich 5

Frau Dana Frey Dezernat III

Frau Anna Hardenberg SB 11

Herr Harald Härtel Bereichsleiter Service Immobilien

Herr Daniel Hartenstein Fachbereich 5

**Gäste**

Herr Simon Knur Kommunalagentur NRW

zu TOP 4

Frau Hiltrud Lintel  
Herr Lutz Meierherm  
Herr Patrick Rother  
Herr Dr. Daniel Wolter

scape Landschaftsarchitekten zu TOP 3  
Stadtwerke Meerbusch GmbH  
StraßenNRW zu TOP 2  
Stadtwerke Meerbusch GmbH

**Schriftführerin**

Frau Anke Hartl

Fachbereich 5

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion**

Herr Claus Fischer  
Herr Andreas Hoppe  
Herr Dr. Harald von Canstein

Ratsmitglied  
Ratsmitglied  
Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Egbert Meiritz

Sachkundiger Bürger

**Beratendes Mitglied**

Herr Werner Kasprowicz

Seniorenbeirat

Ausschussvorsitzende Neukirchen stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Sie weist auf einen Antrag der Fraktion UWG/Freie Wähler hin, der als Ergänzungsantrag zu TOP 13.7 als TOP 13.7.1 auf die Tagesordnung genommen wurde.

Hinsichtlich der Anträge 13.1 und 13.2 der SPD-Fraktion erklärt Frau Neukirchen, dass sie sich hinsichtlich einer gemeinsamen Sitzung mit dem Mobilitätsausschuss mit Herrn Dr. Nieberding verständigen werde.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Einwohnerfragestunde**

Ausschussvorsitzende Neukirchen erteilt Herrn Herbert Möller das Wort. Dieser fragt, welche Maßnahmen zur Eindämmung des Verkehrslärms auf der Neusser Straße ergriffen werden sollen. Die Straße sei im Lärmaktionsplan als besonders belastet ausgewiesen, bisher könne er jedoch keine Verbesserung der Situation feststellen.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel erklärt, dass es sich bei der Neusser Straße um eine Landesstraße in der Zuständigkeit von Straßen.NRW handle. Aufgrund des Antrags nach § 24 GO NRW, den Herr Müller gestellt habe, liefen derzeit Prüfungen. Der Antrag werde in der nächsten Sitzung dieses Ausschusses behandelt.

Frau Dr. Blaum berichtet über viele rot besprühte Verteilerkästen im Stadtgebiet und fragt, ob die Verwaltung Möglichkeiten sehe, dieses zu unterbinden. Erster und Technischer Beigeordneter Apsel weist darauf hin, dass die Kästen nicht in städtischem Eigentum seien. Die Verwaltung könne deshalb lediglich Anregungen geben und sich erkundigen, ob es diesbezügliche Pläne gebe.

### **2 Bericht über Sachstand BU Osterath**

Herr Rother, Projektleiter von Straßen.NRW hält einen Vortrag zum Sachstand der Bahnunterführung Osterath.

Anschließend beantwortet er Fragen der Ausschussmitglieder.

Nach dem Vortrag von Herrn Rother, wird das Thema Starkregen angesprochen. Herr Rother erläutert, dass die Dimensionierung der Pumpstation und deren Peripherie auf Grundlage der aktuellen Normen geplant wurde. Herr Apsel ergänzt, dass Starkregenereignisse aber nie in Gänze von der Kanalisation oder den Pumpwerken aufgefangen werden könnten.

Das Umleitungskonzept von Straßen.NRW während der Bauphase wird diskutiert und ihrer Notwendigkeit nochmals von Herrn Rother betont. Besonders wenn die Bahnhofstraße umgebaut werde, seien Umleitungen über den Winkler Weg notwendig. Hierfür würden auch die Signalprogramme der Ampeln angepasst. Ein früherer Anschluss der Strümpfer Straße an die nördlichen Rampen und damit die Schaffung einer Umleitungstrecke sei nicht möglich, da der Bahnübergang während der Bauphase aufrecht erhalten bleiben müsse.

*Anmerkung der Schriftführerin: Die Präsentation ist Anlage zum Protokoll.*

### 3 **Vorstellung Entwurf Lupenraum Fähranleger** **Vorlage: SB11/0005/2024**

Frau Lintel von scape Landschaftsarchitekten stellt einen Entwurf zur Gestaltung des Fähranlegers und der näheren Umgebung vor.

*Hinweis der Schriftführerin: Die Präsentation ist Anlage zum Protokoll.*

Es schließt sich eine Diskussion an, in der sich mehrheitlich die Meinung, dass eine Realisation aufgrund der äußerst angespannten Haushaltssituation nicht machbar erscheine, widerspiegelt. Deshalb sei momentan auch eine Anschlussbeauftragung weiterer Leistungsphasen nicht geboten. Zu einem späteren Zeitpunkt könne der vorgestellte Entwurf Grundlage für weitere Planungen sein.

Ratsherr Banse ist anderer Meinung und beantragt die Weiterentwicklung der Planung, da seiner Meinung nach eine Verschiebung des Projektes zu einer Verteuerung führe.

#### **Antrag der SPD-Fraktion:**

Der Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau beschließt die Weiterentwicklung der Planung zur Gestaltung des Fähranlegers auf Grundlage der vorgestellten reduzierten Variante.

#### **Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	2		
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN		3	
GRÜN-alternativ		1	
UWG/Freie Wähler		1	
DIE FRAKTION		1	
<b>Gesamt:</b>	<b>2</b>	<b>15</b>	<b>0</b>

Damit ist der Antrag abgelehnt.

### 4 **Vortrag der Kommunal Agentur NRW zum aktuellen Sachstand der Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung**

Herr Knur von der Kommunalagentur NRW trägt vor.

*Anmerkung der Schriftführerin: Die Präsentation ist Anlage zum Protokoll.*

Anschließend beantwortet Herr Knur Fragen der Ausschussmitglieder.

**5 Kommunale Wärmeplanung (KWP)****hier:****1) Verzicht auf die Bundesförderung****2) Kooperation mit der Stadt Willich und Stadtwerken Meerbusch-Willich****3) Anpassung der Zeitschiene für die Ausschreibung der KWP****Vorlage: DezIII/1932/2024****Beschluss:**

Der Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beschließt:

1. auf die Mittel aus der Bundesförderung für die kommunale Wärmeplanung (KWP) begründet zu verzichten und die benötigten Mittel im Haushalt 2025 bereitzustellen,
2. die Anpassung der Zeitschiene für die Erstellung der KWP wie in der Vorlage dargestellt
3. die Ausschreibung für die KWP gemeinsam mit der Stadt Willich in zwei separaten Losen durchzuführen und
4. die Verwaltung mit der Durchführung der KWP unter Berücksichtigung der Punkte 1 bis 3 zu beauftragen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

Die Abstimmung erfolgt ohne Debatte.

**6 Musterresolution Agenda 2030 - Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten****Vorlage: DezIII/1934/2024****Beschluss:**

Der Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau unterstützt die Unterzeichnung der Musterresolution „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ und empfiehlt dem Rat der Stadt, die Unterzeichnung zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

Die Abstimmung erfolgt ohne Debatte.

**7 Herstellung des P&R am Bahnhof Osterath, 1. Bauabschnitt**  
**Vorlage: FB5/1921/2024**

**Antrag der FDP-Fraktion:**

Der Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau beschließt, den Beschluss über die Herstellung des P&R am Bahnhof Osterath, 1. Bauabschnitt zu vertagen.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD		2	
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN		3	
GRÜN-alternativ		1	
UWG/Freie Wähler			1
DIE FRAKTION		1	
<b>Gesamt:</b>	<b>9</b>	<b>7</b>	<b>1</b>

Ratsherr Gabernig fragt, ob es hinsichtlich der Förderung Ausführungsfristen gebe. Erster und Technischer Beigeordneter Apsel erklärt, dass bei einer längeren Verzögerung des Baubeginns der Zuwendungsgeber möglicherweise seine Zusage zurückziehe. Demnach müsse ein Baubeginn noch 2024 erfolgen. Alternative Nutzungen dieser Fläche seien bei dem bestehenden B-Plan nicht möglich.

Ratsherr Wagner vertritt den Standpunkt, schon zum jetzigen Zeitpunkt die Bauabschnitte I und II gemeinsam zu realisieren, da in Anbetracht der Haushaltslage an den Bau eines Bürgerhauses in den nächsten Jahren nicht zu denken sei. Zudem werde der P&R Platz auf der anderen Seite der Gleise frühestens 2030 durch die Bahn erstellt, so dass es sinnvoll sei, den städtischen P&R zeitnah einzurichten.

Ratsherr Quaß spricht sich ebenfalls gegen eine weitere Verzögerung aus, zumal es in der Beschlussvorlage zunächst nur um den 1. Bauabschnitt gehe.

Ratsherr Gabernig erkundigt sich nach dem Wegfall von Parkplätzen im Bereich des Bahnhofes. Herr Hartenstein erklärt, dass dort durch die Umgestaltung im Zuge der BU Osterath rund 29 Parkplätze wegfallen.

Aufgrund noch bestehendem Beratungsbedarf in der Fraktion, stellt die FDP-Fraktion einen Vertagungsantrag.



- 8 Erlass der IV. Änderungssatzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes - KAG - für straßenbauliche Maßnahmen am 26. Oktober 1983 in der Fassung vom 01. Februar 2005**  
**Vorlage: FB5/0015/2024**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, die als Anlage (Anlage 1) beigefügte IV. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Meerbusch über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes - KAG - für straßenbauliche Maßnahmen vom 26. Oktober 1983, zuletzt geändert durch die III. Änderungssatzung vom 01. Februar 2005, zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

Ratsherr Banse fragt, ob beispielsweise im Fall der Oststraße die Sanierung der Straße beitragspflichtig wäre, weil der Sanierungsbedarf schon festgestellt wurde. Dieses verneint Herr Baldus. Ausschlaggebend sei das Datum des Ausführungsbeschlusses.

Ratsherr Gabernig merkt an, dass die Oststraße erst nach der Maßnahme Böhler Leben geplant werden solle, damit eine durchgängige Gestaltung möglich werde.

- 9 Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie - hier: Handlungsfeld Kommunale Beschaffung, Leitfaden für nachhaltige Beschaffung**  
**Vorlage: DezIII/1938/2024**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau beschließt den als Anlage 2 beigefügten Leitfaden für nachhaltige Beschaffung für die Stadt Meerbusch und beauftragt die Verwaltung eine entsprechende Dienstanweisung zu erarbeiten.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

Ratsherr Quaß stellt fest, dass in dem Leitfaden lediglich die üblichen Produkte aufgezählt seien. Ihm fehlen beispielsweise Baumaterialien. Frau Frey erklärt, dass dieser Leitfaden lediglich ein erster Schritt sei und zukünftig Ergänzungen vorgenommen werden, die jedoch zunächst mit den Fachbereichen abgestimmt werden müssen. Ratsherr Pricken ist der Meinung, dass in weiteren Versionen des Leitfadens die Regionalität als Bewertungskriterium bei Ausschreibungen eine Rolle spielen sollte und dass die Berücksichtigung von Zertifikaten nicht nur eine Empfehlung darstellen solle. Frau Frey

kündigt an, dass als nächstes eine Dienstanweisung erarbeitet werde, um sicherzustellen, dass sich alle Mitarbeiter an die vorgegebenen Regeln der nachhaltigen Beschaffung halten.

*Anmerkung der Schriftführerin: Der Bitte von Ratsherrn Quaß entsprechend, wird die Abbildung der Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung beigelegt:*



Ausführliche Informationen finden sich auf der website der Vereinten Nationen:  
<https://unric.org/de/17ziele/>

- 10 Installation eines Schriftzuges "Osterath" am Silo Ladestraße / Abschluss eines Schenkungsvertrages**  
**Vorlage: BM/1865/2024**

**Beschluss:**

1. Der Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau stimmt der vom Verein „pro Osterath e.V.“ beabsichtigten Installation eines Schriftzuges „OSTERATH“ an der Außenfassade des Silogebäudes Ladestraße zu.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	2		
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ			
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION			1
<b>Gesamt:</b>	<b>15</b>		<b>1</b>

Ausschussvorsitzende Neukirchen erteilt dem Vorsitzenden des Vereins pro Osterath das Wort. Herr Mosch trägt entsprechend der Beschlussvorlage vor.

Unter den Ausschussmitgliedern besteht Einigkeit darüber, dass es sich um eine unterstützenswerte Initiative handle.

Ratsherr Wagner gibt zu bedenken, dass möglicherweise auch der Kulturausschuss beteiligt werden sollte. Ratsherr Bertholdt führt aus, dass hinsichtlich der technischen Ausführung und auch der Aspekte des Denkmalschutzes noch Klärungsbedarf bestehe und dass seine Fraktion bisher noch nicht die Möglichkeit gehabt habe, über dieses Thema zu beraten. Zudem sei der Hauptausschuss zuständig, wenn es sich um eine Schenkung handle.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel erklärt, dass die Untere Denkmalbehörde – Frau Beschle – keine Bedenken habe. Er werde trotzdem abklären, ob das Thema auch im Kulturausschuss zu behandeln sei.

Die Ausschussmitglieder einigen sich darauf, lediglich über den ersten Punkt des Beschlussvorschlages abzustimmen und Punkt 2 – Beschluss über die Annahme der Schenkung - an den Hauptausschuss zu verweisen.

## **11 Kommunale Nachhaltigkeitsstrategie - hier: Controlling und Umsetzung der Maßnahmen Vorlage: DezIII/0007/2024**

Ratsherr Quaß stellt fest, dass es kaum Eintragungen in den Spalten Umsetzungsstand und Bearbeitungsstand gebe. Frau Frey erklärt, dass die Fachbereichsleiter den Zielhorizont geschätzt haben. Wenn dieser erst in späteren Jahren liege, könne es sein, dass die Bearbeitung noch nicht begonnen habe.

## **12 Baumbilanz 2023/2024 Vorlage: SB11/0002/2024**

Ratsherr Bertholdt stellt fest, dass die Bilanz leicht negativ sei und fragt, ob das wieder aufgeholt werde. Frau Hardenberg bejaht dieses und erklärt, dass es in den Jahren seit 2012 über 500 Neupflanzungen in Meerbusch gegeben habe. Die leichte negative Bilanz ließe sich dadurch erklären, dass viele Baumscheiben ertüchtigt werden, bevor die Neupflanzung dann erst im nächsten Betrachtungszeitraum vorgenommen werde.

Sachkundige Bürgerin Hansen fragt, ob im Sinne der Langlebigkeit von Neupflanzungen geplant sei, in Neubaugebieten Grünstreifen anstelle von Baumscheiben anzulegen. Dazu sagt Frau Hardenberg, dass in Neubaugebieten im Vergleich zu früher nun generell größere Baumscheiben geplant werden. Wo es möglich und sinnvoll sei, werden auch Grünstreifen angelegt. Zur Ertüchtigung der bestehenden Baumscheiben werden stellenweise Baumscheiben zusammengelegt, um den Wurzelraum zu vergrößern und damit für eine höhere Lebensdauer der Bäume zu sorgen.

Ratsherr Banse erkundigt sich nach der Akzeptanz der Baumschutzsatzung. Frau Hardenberg berichtet, dass diese in der Regel akzeptiert werde, d.h., dass Anzeigen von Baumfällungen erfolgen. Ausnahmen gebe es nur ganz vereinzelt und die werden durch einen Bußgeldbescheid geahndet, der jedoch nicht von der Neupflanzung befreie. Manchmal werde durch eine Beratung der Bürger sogar eine Fällung verhindert.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel nimmt an, dass es in Meerbusch in den vergangenen 150 Jahren nicht so viele Bäume gegeben habe wie jetzt. Meerbusch befinde sich in dieser Hinsicht auf einem sehr guten Weg, der auch weiterhin beibehalten werde.

## **13 Anträge**

### **13.1 Antrag der SPD-Fraktion zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Mobilität Vorlage: DezIII/0519/2024**

Dieser Tagesordnungspunkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

### **13.2 Antrag der SPD-Fraktion zur Verbesserung der Schul- und Radwege Vorlage: DezIII/0533/2024**

Dieser Tagesordnungspunkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

### 13.3 Antrag der UWG-Fraktion zur Kappung von Grundwasserspitzen Vorlage: FB5/0531/2024

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau beschließt

1. die Verwaltung zu beauftragen, konkrete Maßnahmen zur Kappung von Grundwasser in die Wege zu leiten. Hierbei ist besonders auf das bereits seit über zwanzig Jahren erfolgreich funktionierende Modell in Korschenbroich hinzuweisen
2. die Verwaltung zu beauftragen, regelmäßig im Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau darüber zu berichten.

#### **Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		2	
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN		3	
GRÜN-alternativ		1	
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION		1	
<b>Gesamt:</b>	<b>1</b>	<b>16</b>	<b>0</b>

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel stellt klar, dass die Stadt Meerbusch bei diesem Thema keinerlei Entscheidungskompetenz habe. Meerbusch habe Anforderungen der Unteren Wasserbehörde zu erfüllen. Da diese Forderung schon des Öfteren von Bürgern formuliert worden sei, habe die Verwaltung bereits Gespräche mit der Unteren Wasserbehörde geführt. Es sei dort vermittelt worden, dass ein Eingriff in die Grundwasserstände nicht genehmigt werden würde. Es könnte eher zur gegenteilige Aufforderung, die oft zu niedrigen Grundwasserstände wieder aufzufüllen, kommen. Grundwasser zähle zu den Baugrundrisiken. Dementsprechend seien die Grundstückseigentümer in der Pflicht, ihr Eigentum zu schützen.

Ratsherr Quaß ergänzt, dass der Erftverband den Standpunkt vertrete, dass sich der Braunkohleabbau nicht auf den Grundwasserspiegel in Meerbusch auswirke, so dass auch dieses kein Grund sei, einzugreifen.

Sachkundige Bürgerin Hansen weist auf den positiven Effekt hin, den der wieder etwas höhere Grundwasserpegel auf die Natur habe.

*Anmerkung der Schriftführerin: Nach der Sitzung gibt die Verwaltung folgendes zu Protokoll:*

*Informationen und Zuständigkeit zum Thema Grundwasser:*

*Grundwasser ist wesentlicher Bestandteil des Naturhaushaltes und von großer ökologischer und wasserwirtschaftlicher Bedeutung. Änderungen im Grundwasserkörper sind ähnlich wie Änderungen*

*beim Flusspegeln natürliche Prozesse und im Sinne des natürlichen Wasserkreislaufs nicht als Gefährdung zu sehen. Im Gegenteil - in Hinblick auf eine globale Wasserknappheit, sind Grundwasserkörper als hohes Gut zu sehen, darum ist eine Grundwasserneubildung aus umwelttechnischer Sicht positiv zu bewerten. Es bestehen bauliche Vorschriften für den Hochbau / Hausbau, wie der fachmännisch dichte Ausbau eines Kellers oder in Teilen das Verbot eines Kellers in grundwasserreichen Regionen (bspw. Rheinnähe).*

*Eine Benutzung, Bewirtschaftung und Reinhaltung des Grundwassers definiert das bundesweite Wasserhaushaltsgesetz (WHG) sowie das Landeswassergesetz NRW. Darum bedarf jede Handlung einer wasserrechtlichen Genehmigung durch die untere oder obere Wasserbehörde (bspw. Trinkwassergewinnung oder für die Dauer einer Baustelle).*

*Die allgemeine Zuständigkeit und das Monitoring für das Grundwasser in NRW liegt beim Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV). Dort werden Grundwasserstände überwacht. Bei weiteren Fragen zum Thema Grundwasser, wenden Sie sich bitte an LANUV. Dort finden Sie auf dem Home Page zahlreiche Informationen:*

*<https://www.lanuv.nrw.de/umwelt/wasser/grundwasser>*

*Vergleich mit der Stadt Korschenbroich:*

*Eindeutiger Grund für die "Kappungsmaßnahmen" ist die "Folge der Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus" - dies trifft in Meerbusch nicht zu:*

*Durch unterschiedliche tektonische Schollen besteht in Meerbusch keinen Einfluss durch den Braunkohlenbergbau. Da in der Vergangenheit leider für die Braunkohlegewinnung enorme und irreversible Schäden am Grundwasserkörper erfolgt sind, wurde für die betroffenen Regionen nach Lösungen gesucht - Ausnahmefall.*

*Darüber hinaus werden die hohen Kosten der Maßnahme von den Grundstückseigentümer\*innen ganzer Ortsteile getragen. Dies ist auf Meerbusch nicht übertragbar, da nur Häuser ohne die s.g. "weiße Wanne" betroffen wären. Hier liegt die Verantwortung im privatrechtlichen Bereich der Eigentümer\*innen. Solche Kosten können nicht auf die Allgemeinheit umgelegt werden. Somit kämen sehr hohe Kosten auf die betroffenen Eigentümer zu.*

*Weiterhin bietet die urbane und topographische Struktur von Meerbusch keine Möglichkeit einer hypothetischen Förderung von Wasser aus einem See in einen Graben, wie in Korschenbroich. Hier nochmal der Hinweis - offensichtlich handelt sich um einen Ausnahmefall mit einer konkreten Genehmigung (ggfs. Planfeststellungsverfahren – Zuständigkeit Bezirksregierung) für ein Konzept bezogen auf die örtlichen Gegebenheiten. Zusätzlich dürfte in Meerbusch ein hypothetischer Betrieb solcher Pumpen nicht an das städtische Prozessleitsystem gebunden werden, da die Stadt für Grundwasser nicht zuständig ist.*

**13.4 Antrag der SPD-Fraktion zur Durchführung eines Klimagipfels**  
**Vorlage: DezIII/0520/2024**

Ratsherr Banse erläutert den Antrag seiner Fraktion und zieht ihn nach den Ausführungen von Frau Frey (s. TOP 13.5) zurück.

**13.5 Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Klimagipfel**  
**Vorlage: DezIII/0540/2024**

Ratsfrau Winter begründet den Antrag ihrer Fraktion. Frau Frey berichtet über die Klimawoche, die 2022 stattgefunden hat. Die Vorbereitung habe viel Zeit und auch nennenswerte finanzielle Mittel erfordert. Leider habe man auch trotz der Teilnahme des Klimaexperten Sven Plöger nicht viele Menschen erreichen können. Bei der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes und auch der Nachhaltigkeitsstrategie habe man alle Akteure wie Bürgervereine, Organisationen etc. an der Erarbeitung der Ziele und der Maßnahmen beteiligt. Nun sei die Zeit der Umsetzung gekommen. Eine nochmalige Diskussion sei nicht zielführend. Sie schlägt als Alternative zu einem Klimagipfel vor, dass Meerbusch sich als Ausrichter des nächsten Zukunftstags der Allianz für Klima und Nachhaltigkeit anbietet.

Ratsherr Jürgens schlägt entsprechend der Formulierung im Ergänzungsantrag vor, dass die Verwaltung für eine der nächsten Sitzungen eine Zusammenstellung der aktuellen Klimaschutzmaßnahmen in der Stadt Meerbusch vorbereitet.

Dieser Vorschlag findet Zustimmung. Die Anträge der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden zurückgezogen.

**13.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Erweiterung des Landschaftsschutzgebietes an der Buschstraße**  
**Vorlage: DezIII/0539/2024**

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Der Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau beschließt, zu einer der nächsten Sitzungen einen Vertreter der Unteren Landschaftsbehörde einzuladen, der über das Thema Biotop-Vernetzung im Rheinkreis Neuss und schützenswerte Biotope in Meerbusch referiert.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

Sachkundige Bürgerin Hansen trägt den Antrag ihrer Fraktion vor. Frau Frey berichtet, dass sie sich mit der Unteren Naturschutzbehörde in Verbindung gesetzt habe. In deren Stellungnahme hieße es, dass die vorgeschlagene Fläche ausreichend durch den B-Plan 126 geschützt sei. Ein LMG Änderungsverfahren sehe der Rhein-Kreis Neuss derzeit nicht vor. In einer zukünftigen generellen Überar-

beutung des Landschaftsplans könne die Erweiterung des Landschaftsschutzgebietes mit geprüft werden.

Frau Hansen schlägt vor, zu einer der nächsten Sitzungen einen Vertreter der Unteren Landschaftsbehörde einzuladen, damit dieser erklärt, wie Biotop-Vernetzung in Meerbusch funktionieren soll und was schützenswerte Flächen sind. Bis dahin erachtet sie es als sinnvoll, mit einem Schild darauf hinzuweisen, dass es sich um ein geschütztes Biotop handle.

Sie zieht den Antrag zurück und formuliert den o.a. Antrag.

### **13.7 Antrag der Fraktion GRÜN-alternativ zur unbeaufsichtigten Nutzung von Mährobotern Vorlage: DezIII/0546/2024**

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau beschließt:

1. Die Stadt Meerbusch wirkt medial erneut darauf hin, dass die unbeaufsichtigte Nutzung von Mährobotern, insbesondere nachts, unterbleibt. In aller Deutlichkeit soll auf die tierquälereischen Auswirkungen unbeaufsichtigten Mähens hingewiesen werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die rechtlichen Voraussetzungen für ein nächtliches Nutzungsverbot für Mähroboter zu klären und einen diesbezüglichen Beschluss vorzubereiten.

#### **Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD			2
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	3		
GRÜN-alternativ	1		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>6</b>	<b>9</b>	<b>2</b>

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ratsherr Quaß begründet den Antrag seiner Fraktion.

Frau Frey erklärt, dass dieses Thema für den nächsten Umweltkalender vorgesehen sei, um zusätzlich zu dem Flyer, der als Tischvorlage allen Ausschussmitgliedern vorliegt, über dieses Thema zu informieren. Ihr Argument, dass ein Verbot nicht kontrollierbar sei, lässt Ratsherr Quaß nicht gelten. Durch ein Nachtfahrverbot für Mähroboter würde dem Thema mehr Nachdruck verliehen.

Ratsherr Bertholdt hält es für sinnvoller, auf Eigenverantwortung und Aufklärung zu setzen.



### 13.7.1 Ergänzungsantrag der Fraktion UWG/Freie Wähler zum Nachtfahrverbot von Mährobotern Vorlage: DezIII/0552/2024

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau beschließt, dass die Verwaltung sich bei den zuständigen Stellen dafür einsetzt, dass ein Fahrverbot für Mähroboter ab Einbruch der Dunkelheit und während der Nachtstunden erlassen wird.

#### **Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD			2
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN			3
GRÜN-alternativ			1
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION			1
<b>Gesamt:</b>	<b>1</b>	<b>9</b>	<b>7</b>

Damit ist der Antrag abgelehnt.

s. TOP 13.7

## **14 Anfragen**

### **14.1 Anfrage der Fraktion GRÜN-alternativ zur Verkehrssicherheit auf dem Rheindeich**

Ratsherr Quaß ist mit einer Beantwortung der Anfrage im Protokoll einverstanden.

*Anmerkung der Schriftführerin: Nach der Sitzung gibt der Fachbereich 5 folgendes zu Protokoll:*

- 1. Wie bewertet die Verwaltung die Risiken auf dem Deichkronenweg?*

*Die Verkehrsfläche des Deiches wird gut genutzt. Dies war auch das Ziel der damaligen Planung des Deiches.*

*Dieser Abschnitt des Deichwegs ist identisch mit den angrenzenden Deichwegen. Seine Attraktivität weckt unterschiedlichste Interessen der verschiedenen Verkehrsarten. Insofern ist die Nutzung gewöhnlich und unter Einhaltung der StVO § 1 Grundregeln*

*„(1) Die Teilnahme am Straßenverkehr erfordert ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht. (2) Wer am Verkehr teilnimmt hat sich so zu verhalten, dass kein anderer geschädigt, gefährdet oder mehr, als nach den Umständen unvermeidbar, behindert oder belästigt wird.“*

*nicht mit besonderen Risiken behaftet.*

2. *Sind bei der Verwaltung diesbezügliche Anfragen, bzw. Beschwerden eingegangen?*

*Vereinzelte wird der Verwaltung berichtet, dass man sich auf der Verkehrsfläche des Deiches über andere Verkehrsteilnehmer aufrege. Dabei beschuldigen sich Hundebesitzer, Radfahrende, Zu Fuß Gehende sich gegenseitig.*

3. *Gibt es gemeldete Unfälle?*

*Der Verwaltung wurden keine Unfälle von der Polizei gemeldet.*

4. *Bestehen Möglichkeiten, hohe Radverkehrsgeschwindigkeiten zu verhindern oder zumindest zu reduzieren?*

*Die Verwaltung führte bereits mehrere Maßnahmen durch, um den Rheindeich für den Fuß- und Radverkehr sicherer zu machen:*

- *Einrichtung / Markierung der Fairnesszone*
- *Verbreiterung der Krone durch häufigeres Mähen (baulich ist es nicht möglich, den Weg zu verbreitern)*
- *Installieren Umlaufsperrn*
- *Gezielte Führung der Radfahrenden über Teile der Nebenstraßen (Am Oberbach)*

*Diese Maßnahmen wurden gut angenommen bzw. zeigen Wirkung. Andere Kommunen haben solche Maßnahmen nicht eingeführt.*

*Die Mittel der Verwaltung sind damit jedoch ausgeschöpft. Die Verwaltung ist durch den sogenannten „Pollererlass“ angehalten, Poller bzw. Umlaufsperrn abzubauen, was eine Verdichtung dieser Hindernisse nicht möglich macht.*

5. *Erfolgen auf dem Rheindeich Kontrollen?*

*Die Kontrolle wäre eine „Kontrolle des fließenden Verkehrs“. Hier darf nach heutiger Rechtslage nur die Polizei Maßnahmen durchführen. Da die Polizei bisher hier keine prioritäre Gefahrenlage sieht, wurden keine Kontrollen durchgeführt.*

6. *Wir möchten Anregen, dass als erster Schritt noch einmal intensiver für die Fairness-Zone geworben wird, z.B. mit zusätzlichen Hinweisen / evtl. Piktogrammen am Boden an „Brennpunkten“ wie z.B. am Modellflugplatz, der „Hundebucht“, an der Flughafenbrücke auf dem Rheindeich.*

*Die Pressestelle wird einen Text formulieren und veröffentlichen, an den drei genannten Punkten wird geprüft, ob das Piktogramm Fairnesszone nochmal angebracht werden kann.*

## **14.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden**

Ratsfrau Winter schlägt die Beantwortung der Anfrage im Protokoll vor.

*Anmerkung der Schriftführerin: Nach der Sitzung gibt Herr Härtel folgendes zu Protokoll:*

1. Gibt es eine technische und zeitliche Planung, die aktuell noch ungenutzten Dachflächen aller städtischen Gebäude in allen Stadtteilen mit PV-Anlagen auszustatten?

*Stellungnahme:*

*Der Gebäudebestand der Stadt beläuft sich auf derzeit ca. 170 Objekte in Zuständigkeit des Service Immobilien und 14 Betriebsgebäude in Zuständigkeit des Fachbereichs Straßen und Kanäle. Durch geplante Neubauten bei Schule und Feuerwehr wird die Gesamtzahl weiter steigen.*

*Ab dem Jahr 2007 wurden Gebäude der Stadt sukzessive mit PV-Anlagen ausgestattet. Dies erfolgte bislang überwiegend durch die Stadt (10 Anlagen), in einzelnen Fällen durch private Initiativen (3 Bürgersolaranlagen).*

*Derzeit erfolgt der Ausbau von PV an Schulen im Zuge der aktuellen SchEK-Planungen. Hierbei wird, wo möglich, auf Förderprogramme zugegriffen. Betroffen sind momentan 7 Schulstandorte bei einem Umsetzungszeitraum von 2024 bis ca. 2030.*

*Die Ausstattung weiterer Dächer im Bestand ist in Planung, derzeit konkret bei 8 Objekten (u.a. Kitas, Verwaltungsgebäude). Hierbei werden aktuelle Förderprogramme (u.a. Progress NRW bzw. Giga-Watt-Pakt) genutzt. Die Anmeldung zur Förderung erfordert leider die Einbeziehung externer Dienstleister zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit und des Anteils der Eigen-Nutzung.*

*Die weitere Ausstattung der Bestandsobjekte mit PV-Anlagen ist beabsichtigt. Rasch wechselnde Förderbedingungen, gestiegene Anforderungen sowie die begrenzten Personalkapazitäten wirken sich jedoch auf die Umsetzungsgeschwindigkeit aus. Die Prüfung und Umsetzung erfolgt als kontinuierlicher Prozess, insbesondere im Zusammenhang mit anstehenden Dachsanierungen bzw. baulichen Erweiterungen.*

2. Wie beurteilt die Verwaltung die Einschätzung unserer Fraktion, dass z.B. in Meerbusch-Büderich über 80% der Dächer auf städtischen Gebäuden zusätzlich mit PV-Anlagen ausgestattet werden könnten?

*Stellungnahme:*

*Das tatsächliche Potential setzt die Prüfung jedes Einzelfalls (Statische Reserven, Zustand/ Lebensdauer der Dacheindeckung, vorhandene Begrünung, Maß der Verschattung) auf Eignung voraus.*

*Das Maß der Eigennutzbarkeit des Stroms vor Ort beeinflusst mittlerweile sehr stark die Wirtschaftlichkeit und Amortisation. Im Meerbad ist beispielsweise ein BHKW im Einsatz, welches den Strom-Eigenbedarf derzeit nahezu vollständig abdeckt.*

*Bezogen auf die „theoretisch“ wie auch „praktisch“ zur Verfügung stehende Dachfläche städtischer Gebäude in Büderich wie auch in anderen Stadtteilen besteht unbestritten Potential für weitere PV-Anlagen.*

### **14.3 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur PFAS- und Nitratbelastung**

Herr Meierherm von den Stadtwerken Meerbusch erklärt, dass das Osterather Trinkwasser ein Mischwasser aus vier Wasserfassungen sei. Lediglich die Wasserfassung Willich Anrath sei von der

aktuellen PFAS Verunreinigung betroffen. Das Trinkwasser erfülle alle Grenzwerte und Anforderungen der Trinkwasserverordnung. Einmal pro Woche werden die Werte kontrolliert. Der definierte Vorsorgemaßnahmenwert werde unterschritten.

Zur Frage wie lange die Belastungssituation noch andauern werde, führt er aus, dass die kurzfristige Lösung sei, dass die belasteten Brunnen weniger fördern und die unbelasteten entsprechend mehr. Außerdem sei für 2025 in Anrath eine zusätzliche Filterstufe geplant, die PFAS direkt aus dem geförderten Grundwasser filtern könne.

Zu der Frage, ob der Kreis Viersen bei der Suche nach dem Verursacher Fortschritte mache, könne Herr Meierherm keine Auskunft geben.

Frau Frey erläutert zu der Frage, wie hoch die Zahl der privaten Brunnen, die möglicherweise nitratbelastet sein könnten, sei, dass die genaue Anzahl an privaten Brunnen der Unteren Wasserbehörde nicht bekannt sei. Bis zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) im Jahre 2009 seien solche Brunnen weder anzeige- noch genehmigungspflichtig gewesen. Mit Änderung des WHG sei unter § 49 der Erdaufschluss, wozu auch Bohrungen gehören, der so tief in den Boden eindringt, dass er sich unmittelbar oder mittelbar auf das Grundwasser auswirken kann, anzeigespflichtig geworden. Hierdurch seien nun alle Brunnenbohrungen zumindest anzeigepflichtig. Eine wasserrechtliche Erlaubnis für die Grundwasserförderung zur Bewässerung des privaten Gartens sei weiterhin nicht erforderlich. Ausnahmen könnten in festgesetzten Trinkwasserschutzzonen gelten. Hier könne in Abhängigkeit der textlichen Festsetzung evtl. auch für Gartenbrunnen eine Genehmigung nach der Trinkwasserschutzzonenverordnung erforderlich werden.

Nach Auswertung der Datensätze, existieren im Bereich des Stadtgebietes Meerbusch 85 angezeigte Brunnen für die private Gartenbewässerung.

*Anmerkung der Schriftführerin: Herr Meierherm gibt als Verhaltensvorschläge für potentiell betroffene Brunnenbesitzer nach der Sitzung zu Protokoll, dass das Brunnenwasser zum Beregnen des eigenen Ziergartens bedenkenlos genutzt werden könne. Es werde empfohlen als Tränkwasser für den Nutzgarten, zur Befüllung von Planschbecken/Pool und zur Nutzung der Gartendusche nur Wasser in Trinkwasserqualität zu verwenden. Eine Nutzung als Trinkwasser im Sinne des § 3 Ziffer 1 der Trinkwasserverordnung sei grundsätzlich nicht erlaubt. Auch eine gewerbliche Nutzung des geförderten Wassers sowie eine Weitergabe an Dritte (Untermieter, Mieter, Nachbarn) sei ohne Erlaubnis nicht gestattet.*

#### **14.4 Anfrage der Fraktion UWG/Freie Wähler zur Situation des Stromnetzes und der Möglichkeiten/Erfordernisse zur Durchsetzung der Energiewende**

Herr Dr. Wolter erklärt, dass die Situation des Stromnetzes in Meerbusch sehr gut sei. Die Bundesnetzagentur veröffentliche Zahlen zur Versorgungssicherheit. Der Bundesdurchschnitt an Ausfallzeit pro Kunden betrage 12 Minuten. In Meerbusch läge man mit 10 Minuten deutlich darunter.

Hinsichtlich der Strommenge und des Durchlaufs seien zur Anpassung an den Mehrbedarf finanzielle Mittel zum Ausbau der Infrastruktur erforderlich. Es gäbe einen guten Plan, das Leitungsnetz in Meerbusch weiterhin in gutem Zustand zu behalten. Man erhalte durch die Digitalisierungsstrategie fundierte Informationen zu erhalten und nicht nur zu schätzen, wie hoch die Auslastung ist. In Meerbusch sei momentan keine Überlastung zu befürchten, so dass Handlungsbegehren nicht ab-

lehnt werden müssen. In Einzelfällen können Einzelstränge an ihre Belastungsgrenzen kommen. Das sei jedoch keine flächendeckende Thematik.

## **15 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle**

Frau Frey informiert darüber, dass ab dem 23.09.2024 auf dem Parkplatz auf der Fritz-Wendt-Straße 30.000 Müllbehälter zwischengelagert werden, die dort geschippt werden. Das sei bis Ende November der Fall. Eine Information der Bürger über den Austausch der grauen und der braunen Tonne erfolge zeitnah.

Ratsherr Wagner kritisiert die fehlende Beschlusskontrolle.

## **16 Termin der nächsten Sitzung 07.11.2024**

## **17 Verschiedenes**

### **1. 110 kV Leitung**

Ratsherr Wagner erkundigt sich nach dem Stand der Dinge hinsichtlich der 110 kV Leitung zwischen dem Umspannwerk und dem Böhler Gelände. Herr Hartenstein erklärt, dass bis zur Düsseldorfer Straße die Trasse bereits geplant und zum Teil schon in der Umsetzung sei. Das letzte Stück bis zum Böhler Areal sei noch in Planung. Es müssen noch Abstimmungen erfolgen.

### **2. Rückbau nach Glasfaserausbau**

Ratsherr Quaß berichtet über die Beschwerde eines Bürgers über schlecht verlegte Gehwegplatten, die gefährliche Stolperfallen seien. Einige Woche nach der Beschwerde sei noch immer nichts passiert. Er habe lediglich die Information erhalten, dass die Telekom informiert sei. Herr Quaß bittet darum, derartige Fälle schneller und auf andere Art zu erledigen.

Herr Apsel erklärt, dass zunächst die Telekom bzw. deren Subunternehmer in der Pflicht seien. Deshalb sei der besagte Mangel auch schnell der Telekom gemeldet worden. Werde ein solcher Mangel nicht direkt behoben, werde in der Abnahme der Trasse nochmals die Mangelbeseitigung gefordert. Auch hier seien wieder Fristen einzuhalten. Abnahmen werden oft erst nach Fertigstellung ganzer Stadtteile gesammelt durchgeführt. Ein gewisser Zeitverzug sei deshalb unumgänglich. Eine sofortige Ersatzvornahme sei aus wirtschaftlichen und personellen Gründen nicht möglich.

### **3. Broschüre „Tipps für Tierschutz, Umwelt und Natur“**

Ratsherr Pricken weist darauf hin, dass die Broschüre zum Thema Rattenbekämpfung auf Privatgrundstücken nicht mehr aktuell sei. Dafür sei nicht mehr die Stadt zuständig.

Meerbusch, den 26. September 2024

---

Barbara Neukirchen  
Ausschussvorsitzende

---

Anke Hartl  
Schriftführerin